

Winfried Kurth

Die Spaltung Europas und das EU-Fiskal-Regime als Ausleben von Bestrafungs-Impulsen

Ich wollte vor allem darstellen, warum in der Politik – wie in unserem privaten Leben – die Umstände, die wir am meisten beklagen, so oft die sind, die wir uns unbewusst wünschen, wodurch wir uns nicht selten die schmerzvollsten Ereignisse unserer Geschichte selbst bescheren.
Lloyd deMause¹

In diesem Beitrag soll, bezugnehmend auf Grundlagen aus der vorangehenden Arbeit von Florian Galler², die sogenannte "Euro-Schuldenkrise", insbesondere die Politik der deutschen Bundesregierung auf Ebene der EU und der Euro-Zone, im Lichte der Gruppenfantasie-Analyse betrachtet werden. Die Methode der Gruppenfantasie-Analyse filtert anhand von emotional aufgeladenen Bildern, Schlagworten und Botschaften mehr oder weniger unbewusste Motivationen, die dem tagespolitischen und gesellschaftlichen Geschehen zugrunde liegen, aus den Inhalten der Medien heraus. Grundlagen hierzu wurden von deMause³ und anderen Autoren⁴ erarbeitet. Anhand von massenmedialem Material aus Deutschland und der Schweiz hat der Autor unter Mithilfe des "Arbeitskreises Gruppenfantasie-Analyse" der Gesellschaft für Psychohistorie und Politische Psychologie (GPPP) bereits seit 1995 über viele Jahre hinweg versucht, die von breiten Bevölkerungsschichten geteilten Stimmungen und Fantasien über viele Jahre hinweg zu verfolgen und deren Einfluss auf politische Entwicklungen und Ereignisse einzuschätzen.⁵ Im Unterschied zu diesen Analysen, die sämtliche Bereiche der Tagespolitik in den Blick genommen hatten, soll hier der Schwerpunkt auf einer bestimmten Thematik, der "Schuldenkrise", liegen – jedoch unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Emotionen, mit denen dieses Thema aufgeladen ist.⁶

Die "Schuldenkrise" in der Eurozone begann als öffentliches Ereignis im Jahr 2010. Am 23. April beantragte die griechische Regierung offiziell Hilfe

¹ deMause (1987), S. 7.

² Galler (2013), in diesem Band.

³ deMause (2000; 2005).

⁴ Atlas (1992); Korngiebel & Link (1992).

⁵ Kurth (2000; 2001; 2002; 2004; 2005; 2008; 2010).

⁶ Der Verfasser dankt Heinrich Reiß für seine Mithilfe beim Sammeln von Bildmaterial.

durch die EU, da es absehbar war, dass die reguläre Rückzahlung der Staatsschulden Griechenlands ohne Intervention von außen nicht mehr möglich sein würde. Andere EU-Länder, in denen der Euro Zahlungsmittel ist, bekamen in den folgenden Monaten und Jahren ähnliche Probleme, wobei zum Teil auch die Liquidität von Banken betroffen war: Portugal, Irland, Spanien, Zypern – und kritisch diskutiert wurde (und wird) auch die Lage in Italien. Amerikanische Ratingagenturen stuften die Kreditwürdigkeit der betroffenen Länder herab, z.T. auf sogenanntes "Ramschniveau", so dass diese sich neues Geld auf den Kapitalmärkten nur noch zu extrem hohen Zinsen leihen konnten. Die Regierungen der nord- und mitteleuropäischen EU-Staaten, insbesondere die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel, gewährten, gemeinsam mit Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, Garantien und Bürgschaften ("Rettungsschirm") an die betroffenen südlichen Euro-Staaten nur gegen strenge Sparauflagen und gegen Zusagen von Reformen, die Privatisierungen und Marktliberalisierung zum Ziel hatten. Es kam so zu einer Spaltung zwischen "armen", unter dem Spar- und Reformdiktat der EU-Fiskalpolitik stehenden "Südstaaten" und "reichen", mächtigen "Nordstaaten", wobei Deutschland aufgrund seiner ökonomischen Größe unter letzteren eine Sonderrolle zukommt.

Die Schuldenkrise als Vertrauenskrise

Wenn man zunächst eine rein ökonomische Betrachtungsweise einnimmt, kann die EU-Schuldenkrise als Ergebnis von Waren- und Geldströmen zwischen den Ländern erklärt werden. Seit dem Jahr 2000 hat die Bundesrepublik Exportüberschüsse von fast 2 Billionen Euro akkumuliert. Diese Exportüberschüsse fungieren für Deutschland als "Ersparnisse" – man erhält Geld für die gelieferten Waren, das man aber selbst nicht für Importe ausgibt. Für die Importationen verhält es sich spiegelbildlich; sie führen mehr ein als aus, so dass bei ihnen das Geld knapp wird und im Ausland geliehen werden muss. "Als Kreditgeber bietet sich natürlich Deutschland an." Das ist auch im Interesse der deutschen Unternehmen: "Da Deutschland nicht ausreichend importiert, muss es dem Ausland Geld leihen, damit [dieses] die deutschen Waren kaufen kann."⁷ Kurz: "Die Südeuropäer verschulden sich (...) bei den Deutschen, um deren Waren zu kaufen. Sprich: Der Reichtum der Deutschen beruht auf den Schulden der anderen."⁸ Deutschland hat während der Euro-Krise "neue Rekorde bei Exporten und Leistungsbilanzüberschuss aufgestellt. Konkreter: Wir haben Arbeitslosigkeit exportiert, ohne für neues Wachstum in Europa zu sorgen. Die Ungleichgewichte in der Euro-Zone

⁷ Herrmann (2013).

⁸ Schieritz (2011b); s.a. Schieritz (2012).

(...) sind also gewachsen."⁹ – Lange Zeit hat aber offenbar schon ein Ungleichgewicht bestanden, ohne dass es zu einer öffentlich wahrnehmbaren "Krise" kam. Außerdem werden die wirtschaftlichen Stärken und Schwächen offenbar auch in Bezug auf unterschiedliche Länder verschieden wahrgenommen und bewertet.

Dies gilt in noch stärkerem Maß für die *Staatshaushalte*, die ja nur einen Teil der nationalen Volkswirtschaften ausmachen. Die Schuldenquote der gesamten Euro-Zone lag 2011 bei 85 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung, und somit war ihr relativer Schuldenstand *niedriger* als der der USA (94 Prozent) oder Japans (220 Prozent).¹⁰ Die verbreitete Deutung der Euro-Schuldenkrise geht davon aus, dass die "Südländer" über ihre Verhältnisse gelebt haben. Die Griechen, Portugiesen usw. werden mit diesem Vorwurf konfrontiert, und er dient zur Begründung von Zwangsmaßnahmen, die ihnen von den reicheren Staaten auferlegt werden. Allerdings gilt in Bezug auf die Staatshaushalte: "Über ihre Verhältnisse" leben prinzipiell alle Länder, die einen Teil dieser Haushalte mit immer neuen Kreditaufnahmen bezahlen – einschließlich Deutschlands. "Und es ist keineswegs erwiesen, dass man mit einer Schuldenquote von höchstens 60 Prozent des BIP¹¹, wie sie der europäische Fiskalpakt vorsieht, leben kann: Manchmal ist auch eine solche Quote zu hoch, während gelegentlich auch das Doppelte nicht hinreicht, um das Vertrauen der Banken entzogen zu bekommen. (...) Es kommt vielmehr ausschließlich darauf an, dass sie [die Schulden] unaufhörlich Wachstum generieren. Die bloße Vorstellung, sie würden immer weiter 'bedient', reicht aus, um sich weiter verschulden zu dürfen. (...)"¹²

In solchen Glaubens-Annahmen und in der unterschiedlichen, nach Ländern differenzierten Bewertung der Schulden durch die Finanzmärkte deutet sich ein tiefliegender *irrationaler* Kern der Schuldenkrise an. Offenbar wird den Amerikanern und Japanern eher zugetraut, trotz immenser Verschuldungsraten ihre Verbindlichkeiten zuverlässig zurückzuzahlen. Den "harten" Urteilen der Ratingagenturen liegen emotionale Bewertungen nationaler Mentalitäten zugrunde. "Schulden" haben psychisch mit "Schuld" zu tun¹³ und mit Befürchtungen vor Unmoral. Sogar Politiker gestehen ein, dass Emotionen im Spiel sind: "Die Politik reagiert übertrieben... aus Angst" – so ein FDP-Bundestagsabgeordneter.¹⁴ Die Euro-Schuldenkrise kann als Eskalationsschritt einer schon seit längerem fortschreitenden Vertrauenskrise aufgefasst werden:

⁹ Bonse (2013b).

¹⁰ Schieritz (2011).

¹¹ Bruttoinlandsprodukt.

¹² Steinfeld (2013).

¹³ vgl. Krieg (1990), S. 18ff.

¹⁴ Florian Toncar, in: "Werft die Angst über Bord!" (2012).

"Die verschiedenen Stufen der Krise lassen ein System des Vertrauensmanagements erkennen, in dem der Vertrauensverlust von Akteuren auf einer Ebene durch Garantien anderer Akteure höherer Vertrauensstufe ausgeglichen wird – oder werden soll. Doch anstatt die Lage zu beruhigen, folgt den Garantien der Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Helfer. Mittlerweile sind die Vertrauensreserven aufgebraucht."¹⁵

Auch die Maßnahmen der Politik gegen die Euro-Krise spiegeln dieses Vertrauensdefizit wider. In einer Serie von EU-Gipfeltreffen wurden Vorgaben für die "Haushaltsdisziplin" der Mitgliedsstaaten verabschiedet, insbesondere ein "Fiskalpakt" auf Initiative von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy im Dezember 2011, welcher in den Medien als "Durchbruch" gefeiert wurde.¹⁶ "Schuldenbremsen" sollen in den Verfassungen verankert werden; die europäischen Institutionen erhalten erweiterte Kontrollrechte. Im Umkehrschluss heißt das: Man traut den Partner-Staaten nicht mehr zu, ihre Haushalte selbst in den Griff zu bekommen. Besonders deutlich wurde dies im Falle Griechenlands, wo die sogenannte "Troika" aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bis heute regelmäßig eine Kontrollkommission nach Athen schickt, die die Umsetzung der oktroyierten Spar- und neoliberalen Umstrukturierungsmaßnahmen überwacht. "Es sind nicht die Märkte, die das griechische Anpassungsprogramm diktiert haben. Oder die Sparauflagen für Spanien. Das waren die Politiker..."¹⁷

Dieses Krisenregime, das unter deutscher Führung mittels der "Troika" und des Fiskalpakts durchgesetzt wurde, trägt deutlich undemokratische Züge. Der Soziologie Wolfgang Streeck schreibt:

"...auf europäischer Ebene [wird] an der Einrichtung sanktionsbewehrter Überwachungs-, Einwirkungs- und 'Durchgriffs'-Möglichkeiten gearbeitet, mit denen internationale Behörden Staaten, die vom Pfad der fiskalischen Tugend abweichen, auf diesen zurückführen können – etwa wenn ihre Bürger eine falsche Partei an die Regierung gebracht haben. Pardon wird dabei nicht gegeben."

Und er zitiert Bundesbankpräsident Jens Weidmann:

"Für den Fall, dass sich ein Land nicht an die Haushaltsregeln hält, ginge nationale Souveränität automatisch in dem Ausmaß auf die

¹⁵ Beckert & Streeck (2011).

¹⁶ Rinke & Wissenbach (2011).

¹⁷ Fondsmanager Andrew Bosomworth, in: "Werft die Angst über Bord!" (2012), S. 4.

europäische Ebene über, dass dadurch die Einhaltung der Ziele gewährleistet werden kann... In einem solchen Rahmen könnten Konsolidierungspfade durch die europäische Ebene sichergestellt werden, auch wenn sich hierfür keine Mehrheiten in dem jeweiligen nationalen Parlament finden sollten."¹⁸

An anderer Stelle gibt Streeck zu bedenken: "Wer wird den Bürgern erklären, dass ihre politisch errungenen sozialen Rechte hinter den kommerziellen Rechten der Besitzer staatlicher Schuldverschreibungen zurückzustehen haben?"¹⁹ Die verantwortlichen Politiker haben dann auch Angst vor dem demokratischen Willensbildungsprozess bei den Betroffenen: Die Ankündigung eines Referendums über die Krisenmaßnahmen in Griechenland durch den damaligen Premierminister Papandreou führte 2011 bei den Vertretern der reichen Euro-Staaten zu "Ärger und Fassungslosigkeit". "Ein niederländischer Diplomat bezeichnete die Idee eines Referendums als 'unnötig und irreführend', der schwedische Außenminister Carl Bildt erklärte, die Griechen hätten gar keine echte Alternative. Er wisse deshalb nicht, worüber sie eigentlich abstimmen wollten."²⁰ Wir sehen hier ein gutes Beispiel für die Anwendung des neoliberalen Mottos "There is no alternative" (TINA), das schon in der Thatcher-Ära zur Durchsetzung einer bestimmten Politik eingesetzt wurde. In der Tat lassen sich fast alle Komponenten des europäischen "Fiskalpakts" von 2011 auf 45 Jahre alte Konzepte des führenden Neoliberalismus-Theoretikers Milton Friedman zurückführen und sind geeignet, "die Sozialstaatlichkeit zu erledigen" (so der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister).²¹ Welche Folgen hatte nun diese Politik, die angeblich die Euro-Krise eindämmen sollte?

Auswirkungen des EU-Fiskal-Regimes

Neben Privatisierungen und Deregulierungs-Gesetzen bestanden die den Südländern auferlegten Programme vor allem aus Sparmaßnahmen. Insbesondere das von der EU (unter maßgeblicher deutscher Führung) verordnete Sparprogramm für *Griechenland* hatte gigantische Ausmaße: Das Einsparvolumen für 2011 betrug fast 8 %, für 2012 fast 7 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes.²² Auf Weisung der Troika musste Griechenland bis Ende September 2013 unter anderem 15 000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst entlassen.²³ Speziell im *Bil-*

¹⁸ Streeck (2012).

¹⁹ zit. bei Schmale (2012).

²⁰ Hulverscheidt & Gammel (2011).

²¹ Schulmeister (2012).

²² Steinbrück (2012).

²³ Höhler (2013).

dungsbereich – dem doch für das zukünftige wirtschaftliche Potenzial eines Landes eine Schlüsselrolle zukommt – wurden durch das griechische Sparpaket von 2012 Einsparungen von 350 Millionen Euro beschlossen.²⁴ Mehr als ein Drittel der Griechen lebt inzwischen unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenquote stieg dort im Mai 2013 auf 27,6 %, im Oktober 2013 lag sie immer noch bei 28 %.²⁵ Unter den 15- bis 24-jährigen sind fast 65 % ohne Job. 2014 drohen Zwangsversteigerungen von 105 000 Wohnungen (diese werden von der Troika gefordert), weil die Besitzer ihre Kredite nicht mehr bedienen können. Die Familien, die diese Wohnungen bewohnen, werden dann auf der Straße stehen.²⁶ Ähnliche Auswirkungen sind in den anderen Krisenländern zu beobachten. Der dortige soziale Abstieg ist aus den Statistiken schon ablesbar: Seit 2007 verloren die Italiener 13 %, die Spanier 24 % und die Griechen 44 % ihres Vermögens.²⁷

Die Sparpolitik hat in den Krisenländern katastrophale Folgen für die Gesundheit: Es kam infolge der EU-Fiskal-Maßnahmen zu einer Zunahme von Suiziden, es gab mehr Aidskranke, mehr Malariafälle; vor allem Griechen, Spanier und Portugiesen können sich immer öfter eine medizinische Behandlung nicht mehr leisten.²⁸ Aufgrund der 10-prozentigen Kürzung des Gesundheitsbudgets fehlt es in spanischen Kliniken an Impfstoffen gegen Tetanus und Hepatitis A und B. Der Konsum von Antidepressiva ist in Spanien um mehr als 30 % gestiegen, der von Beruhigungs- und Schlafmitteln um 12 %. Es gab 400 000 Zwangsräumungen.²⁹ Täglich wurden über 500 Familien aus ihren Wohnungen geworfen.³⁰ Durch die Krise wächst in Spanien auch der "Medizin-Tourismus": Junge Frauen verdingen sich als Eizellenspenderinnen oder Leihmütter für Paare aus nördlichen Ländern.³¹ In Griechenland sieht es nicht viel anders aus. Viele Krankenhäuser sollen schließen.³² Zahlreiche Apotheken geben Arzneimittel an die Versicherten nur noch gegen Barzahlung ab³³ – das Geld fehlt aber vielen Kranken. Patienten warten auf lebensrettende Operationen, weil es an medizinischem Material fehlt. Auch Betriebsstoffe für Dialysemaschinen sind knapp geworden.³⁴ Die größte Klinik in Thessaloniki hat zeitweise keine kardiologischen Untersuchungen und

²⁴ Schlötzer (2012).

²⁵ Höhler (2013c).

²⁶ Höhler (2013b).

²⁷ Deutsche immer reicher. *Süddeutsche Zeitung*, 25. 9. 2013, S. 1.

²⁸ Studie, publ. im März 2013 in der Fachzeitschrift *The Lancet*, zit. nach Bonse (2013).

²⁹ Wandler (2013).

³⁰ Stand: November 2012. Streck (2012).

³¹ *taz*, 12. 10. 2013, S. 20-22.

³² Schlötzer (2012b).

³³ von Wurmb-Seibel (2012).

³⁴ Höhler (2012).

Operationen mehr durchgeführt.³⁵ Viele Krankenhausangestellte bekommen monatelang kein Gehalt.³⁶ Fast ein Drittel der Asthma-Patienten in Griechenland gibt an, Probleme mit der Versorgung mit den nötigsten Medikamenten zu haben; über 40 % machen sich Sorgen über deren Kosten. Arbeitslose sind nur ein Jahr weiterversichert und können danach das staatliche Gesundheitssystem nicht mehr in Anspruch nehmen.³⁷

Nach der Streichung der Obdachlosen-Unterstützung in Griechenland von 2010 infizieren sich immer mehr griechische Drogenabhängige vorsätzlich mit HIV, um an staatliche Unterstützung zu gelangen. Die Euro-Krise ist somit ein Auslöser für eskalierende Drogen- und HIV-Krisen. Allein 2011 hat sich die Anzahl der HIV-infizierten Drogenabhängigen in Griechenland fast verdoppelt.³⁸

Ist nun wenigstens die Wirtschaft in den Krisenländern durch die Fiskalpolitik der Europäischen Union wieder aktiviert worden? Nach der neoliberalen Theorie soll ja durch Deregulierung der Märkte und Einschränkung der Rolle des Staates Wirtschaftswachstum generiert werden, welches dann nach einiger Zeit zu allgemeinem Wohlstand führen soll. Aber davon kann in den Krisenländern keine Rede sein. Giorgos Tzogopoulos von der griechischen Stiftung für europäische und auswärtige Politik sieht Griechenland trotz des "Hilfsprogramms" in einem "Labyrinth aus einer Rezession von 5 bis 6 Prozent und einer Arbeitslosigkeit von etwa 27 Prozent". Griechenland passe sich bisher "allenfalls durch eine wachsende Armut seiner Bevölkerung dem Wettbewerbsdruck an". Gleichzeitig blieben "die Erreger der ökonomischen Krankheit des Landes – Korruption, Bürokratie und Vetternwirtschaft – unangetastet."³⁹ In der Tat besteht kein Zweifel an der drastischen Zunahme von Armut. Seit Beginn der Krise gab es in Griechenland Einkommenseinbußen von durchschnittlich 30 % und Rentenkürzungen von 25 %.⁴⁰ Im ersten Halbjahr 2013 haben dort 55 000 Kleinunternehmen schließen müssen. Drei von vier Kleinunternehmern gaben im Juli 2013 an, ihre Lage sei noch schlechter als im Vorjahr.⁴¹ Im Sommer 2013 war die griechische Wirtschaft in einer Deflation gefangen.⁴² Selbst die "Troika" musste inzwischen eingestehen, dass die erzwungene Liberalisierung des Arbeitsmarktes in Griechen-

³⁵ Griechenland, Spanien – und jetzt Italien? *Der Tagesspiegel*, 12. 6. 2012, S. 1.

³⁶ Papadimitriou (2012).

³⁷ Henning (2013).

³⁸ Heinrich (2012).

³⁹ Martens (2013).

⁴⁰ Höhler (2013c).

⁴¹ KMU-Sterben in Griechenland. *Neue Zürcher Zeitung*, 28. 8. 2013, S. 27.

⁴² Griechenland in der Deflation. *Süddeutsche Zeitung*, 10. 9. 2013, S. 21.

land zu höheren Arbeitslosenzahlen geführt hat.⁴³ Seit Oktober 2012 gibt auch der Internationale Währungsfonds, eine der Mitgliedsorganisationen der "Troika", zu, dass die Rezession in Griechenland durch die Sparpolitik derart verstärkt wird, dass der Spareffekt zunichte gemacht wird.⁴⁴ Zu einer Änderung der Politik der "Troika" hat diese Erkenntnis aber bisher nicht geführt. Die Ratingagentur Standard & Poor's schrieb sogar schon 2011: "... [wir] erwarten, dass ein Reformprozess, der allein auf der Säule von Sparanstrengungen ruht, zwecklos ist, wenn die Sorgen der Bürger um Jobs und Einkommen wachsen, die Nachfrage schrumpft und die Steuereinnahmen der Staaten erodieren."⁴⁵ Es war also eigentlich klar, dass es zu diesen negativen Folgen kommen würde. Waren sie in Wirklichkeit vielleicht beabsichtigt? Ging es bei der Euro-Krisenpolitik gar nicht um "Hilfe", um "Rettung" oder wirtschaftliche "Gesundung", sondern um das Zufügen schmerzlicher Schläge?

Dass neoliberale "Therapien" den Zustand der Wirtschaft tendenziell immer weiter verschlimmern⁴⁶, ist keine neue Erkenntnis. Schon unter Ronald Reagans Kürzungsmaßnahmen in den USA der 1980er Jahre hatten Wirtschaft, soziale Bedingungen und der Staatshaushalt in den USA stark gelitten. Lloyd deMause hat die damaligen Folgen in seinem Buch "Reagan's Amerika" detailliert beschrieben. Auf der Grundlage von Daten des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses des US-Kongresses über den Anstieg der Sterblichkeitsrate während der Rezession schätzt er, dass 150 000 zusätzliche Todesfälle den Effekten der "Reaganomics" zugeschrieben werden können.⁴⁷ Eine vergleichbare, detaillierte Berechnung der Toten der Euro-Krise steht noch aus, könnte aber zu ähnlichen Zahlen führen. Sicher ist, dass die *Spaltung Europas* durch die Krisenpolitik massiv verstärkt wurde. Sie manifestiert sich unter anderem in den Arbeitslosenzahlen: Die Arbeitslosenquoten in den Südländern einerseits und in den reicheren, nördlichen Ländern der Eurozone andererseits klapften 2012 bereits um 10 Prozentpunkte auseinander.⁴⁸ Die von Deutschland durchgesetzte Fiskalpolitik trug erheblich dazu bei, die Unterschiede zwischen den Staaten der Euro-Zone zu vergrößern.⁴⁹ Diese Unterschiede wirken sich auch auf die durchschnittliche Lebensqualität aus: Nach einer OECD-Studie sank von 2007 bis 2012 die Zufriedenheit der Menschen in Griechenland um 25 %, in Italien um 16 % und in Spanien um 14

⁴³ Europa diskutiert über weitere Hilfen – Griechenland hadert mit den Reformen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. 8. 2013, S. 17.

⁴⁴ Bonse (2012).

⁴⁵ Koch (2011).

⁴⁶ vgl. Schulmeister (2013).

⁴⁷ deMause (1987), S. 85.

⁴⁸ Soziale Lage in der EU. *taz*, 28. 3. 2013, S. 4.

⁴⁹ Steinfeld (2013).

%.⁵⁰ 2012 hat sich der Abstand zwischen armen und reichen Ländern in Europa weiter vergrößert. Die Bevölkerungen der Krisenstaaten mussten, wie oben schon beschrieben, drastische Vermögensverluste hinnehmen, während die Deutschen ihr Vermögen deutlich gemehrt haben (Zuwachs des Nettovermögens 2012 pro Person um 6,8 %). In Griechenland liegt das Netto-Geldvermögen nur noch bei ca. einem Viertel des europäischen Durchschnitts, in Spanien sank es 2012 von 61 auf 44 %.⁵¹ Die führenden deutschen *Friedensforschungsinstitute* sehen das EU-Fiskal-Regime sogar als so destruktiv an, dass der Frieden in Europa gefährdet werde. Statt endlich den Finanzmarkt zu regulieren und damit die Banken in die Pflicht zu nehmen, werden die EU-Staaten auf deutschen Druck "einem drastischen Spardiktat unterworfen, das die schwächeren Volkswirtschaften in die Rezession treibt und den Sozialstaat weiter abbaut". Dies verschärfe soziale Konflikte und verschaffe Populisten Auftrieb. Es herrsche "ein eklatanter Mangel an Solidarität" zwischen Nord und Süd. Die Verantwortlichen legten damit die Axt an die Wurzeln Europas, heißt es im Friedensgutachten 2012.⁵²

Spätfolgen

Arbeitslosigkeit kann als strukturelle Gewalt betrachtet werden. Sie führt unter anderem zu einem Anstieg von Kindesmisshandlungen: "Die Zahl der Schädeltraumata durch Misshandlungen verdoppelt sich nahezu während einer Rezession".⁵³ Materielle Not hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Familien und auf Bindungen. Eltern in Griechenland haben infolge der Sparpolitik aus Not ihre Kinder ins Heim geben müssen.⁵⁴ Bei kleinen Kindern sind Trennungen dieser Art traumatisierend und können zu unsicheren Bindungsmustern führen, mit nachhaltigen Auswirkungen in ihrem späteren Leben.⁵⁵ Menschen mit unsicherer Bindung leiden stärker unter Angstzuständen, sind empfänglicher für Schmerzen und Entzündungen und geraten leichter in Stresssituationen.⁵⁶ Ähnliche Folgen haben Misshandlungen und andauernde Vernachlässigung, wie sie z.B. bei dauernder Überforderung der Bindungspersonen durch wirtschaftlichen Existenzkampf bedingt sein kann: "Es ist klar belegt, dass Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern mit schweren Entzündungserkrankungen im Erwachsenenalter (u.a. Krebs, Herz-Kreislaufkrankung, Autoimmunkrankheiten)

⁵⁰ Poelchau (2013).

⁵¹ Freiburger & Hulverscheidt (2013).

⁵² Schwarzkopf (2012).

⁵³ US-Studie in *Pediatrics*, Zeitraum 2004-2009, zit. bei vom Lehn (2011).

⁵⁴ Geissler (2013).

⁵⁵ vgl. Spangler & Zimmermann (1997), Brisch (2001).

⁵⁶ Uvnäs Moberg (2013).

und geringerer Lebenserwartung verbunden ist. (...) Chronische Stressoren interferieren sehr früh mit jenen protektiven Mechanismen des biologischen Stresssystems, mittels derer normalerweise potenziell schädliche Entzündungsprozesse zurückreguliert werden."⁵⁷ Diese Zusammenhänge führen u.a. auch dazu, dass Krippenkinder in den ersten zwei Lebensjahren ein erhöhtes Risiko für Hautkrankheiten haben und später verstärkt zu ADHS neigen.⁵⁸ Folgen von frühen Bindungsstörungen können bis ins Erwachsenenalter reichen. "Bindungsunsicherheit bei Erwachsenen ist durch verschiedene Verhaltens- und physiologische Mechanismen, einschließlich der gestörten Stressregulation, mit dem Erkrankungsrisiko gekoppelt."⁵⁹ Wie eine Studie an 136 rumänischen Heimkindern gezeigt hat, haben emotionale Entbehrungen und Traumata in der frühen Kindheit sogar messbare Auswirkungen auf die Chromosomen und beschleunigen möglicherweise den Alterungsprozess.⁶⁰

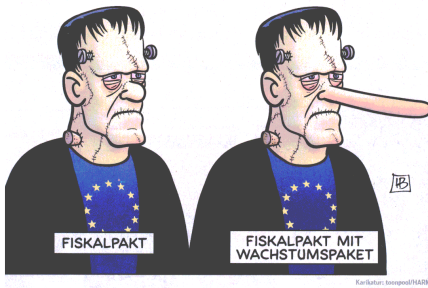


Abb. 1. *Hamburger Abendblatt*, 25. 6. 2012, S. 2.



Abb. 2. "Endlösung für die sozial Schwachen" (griech. Finanzminister Venizelos als KZ-Aufseher). Stavropoulos, 19. 9. 2011 (*Spiegel Online*).

Wenn auch solche möglichen Langzeitfolgen der Krisenpolitik wohl noch nicht ins allgemeine Bewusstsein eingedrungen sind, besteht über die weiter oben bereits aufgeführten, heute bereits sichtbaren Schäden für die Menschen in den Krisenländern keine Unwissenheit. Es gibt einen "Zusammenhang zwischen Austerität, Krankheit und Tod".⁶¹ Die Informationen, die wir hier über die sozialen Verheerungen der EU-Finanzpolitik zusammengetragen haben, stammen nicht aus

⁵⁷ Schubert (2013).

⁵⁸ vom Lehn (2011b).

⁵⁹ Maunder (2013).

⁶⁰ von Lutterotti (2011).

⁶¹ Hannes Swoboda, zit. bei Bonse (2013).

kryptischen Fachartikeln, sondern aus der Tagespresse. Eine Bewusstheit über die Auswirkungen muss es sogar in der Elite der Hochfinanz geben. So bezeichnete Warren Buffet Finanzderivate als "Massenvernichtungswaffen".⁶² Der EU-Fiskalpakt ist im öffentlichen Bewusstsein ein frankensteinisches Monster (Abb. 1). Mag der Vergleich mit der NS-Vernichtungspolitik auch problematisch sein, so zeigt das Auftauchen entsprechender Bildbotschaften (Abb. 2) doch, dass der destruktive Charakter der Sparmaßnahmen öffentlich deutlich ist.

Rationale Alternativen

Die den Südländern der Eurozone von der "Troika" aufgezwungenen Maßnahmen werden, wie wir gesehen haben, der Öffentlichkeit in den betroffenen Ländern und auch in Deutschland als alternativlos präsentiert. Gegenvorschläge, die die *Ursachen* der Probleme der Krisenländer berücksichtigen, werden kaum in den Medien zitiert. Aber es gibt sie. Der Harvard-Historiker Charles Maier hat – mit Blick auf die historische Parallele der desaströsen Situation Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und dem gelungenen, raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas in der Nachkriegszeit – einen deutschen "Marshallplan für Europa" vorgeschlagen.⁶³ Eine andere historische Parallele, die konstruktive Politik Roosevelts in den USA der 1930er Jahre zur Überwindung der Folgen der Weltwirtschaftskrise, führte zur Vision eines "New Deal für Europa": Tatsächlich unternehmerisches Handeln müsste auf allen Ebenen, von der Regulierung der Finanzmärkte bis zu den Steuersystemen, besser gestellt werden als spekulative Spiele (die nichts als eine Umverteilung von unten nach oben bewirken). Weitere Ziele einer rationalen Politik wären die Verbesserung der Umweltbedingungen, insbesondere die Bekämpfung des Klimawandels, sowie die Stärkung des sozialen und gesamteuropäischen Zusammenhalts. "Das Haupthindernis für einen Kurswechsel (...) liegt in den Köpfen (...)".⁶⁴ Die Friedensforschungsinstitute fordern, die Sparpolitik durch ein umfangreiches Investitionsprogramm unter der Obhut der Europäischen Investitionsbank zu ersetzen. Die EU könne nur dann die vielfältigen Probleme lösen, wenn sie sich "vom konfrontativen Politikstil abwende[t] und zu einer Kooperationsmacht" wird.⁶⁵ Dazu würden auch gesamteuropäische Konzepte für eine Bankenunion (mit einer effektiven Aufsicht und einem von den Banken selbst gespeisten Rettungsfonds) und für einen solidarischen Altschulden-Tilgungsfonds gehören.⁶⁶ Eine weitere, ebenfalls bisher kaum öffentlich disku-

⁶² zit. bei Händler (2012).

⁶³ Ross (2012).

⁶⁴ Schulmeister (2013).

⁶⁵ Schwarzkopf (2012).

⁶⁶ Verhofstadt (2013).

tierte Maßnahme gegen die Schuldenkrise wäre eine europaweite Vermögensabgabe.⁶⁷ Solche Ansätze unterliegen anscheinend einem Schweigekonsens. Den negativen Folgen der Europapolitik der Bundesregierung und der EU wird ebenfalls meist mit Schweigen begegnet. Im Bundestagswahlkampf von 2013 ging es stattdessen um Randthemen wie den "Veggie-Day" oder eine Autobahn-Maut für Ausländer.⁶⁸ Die gesamteuropäische Verantwortung für die desaströsen Folgen der EU-Fiskalpolitik wird verleugnet.⁶⁹ Die Deutschen gefallen sich stattdessen in der Rolle der "Super-Kompetenten" (Abb. 3), die die anderen EU-Länder vorführen, und nehmen eine zynische Haltung gegenüber deren Nöten ein (Abb. 4).



Abb. 3: "Deutschland hat die Super-Kompetenz" (Schwarwel, 26. 9. 2012, aus dem Internet).



Abb. 4: *Die Zeit*, 26. 1. 2012, S. 19.

Antriebskräfte hinter der EU-Fiskalpolitik

Wie lässt sich die kaum hinterfragte Durchsetzung der von Deutschland maßgeblich betriebenen, destruktiven Spar- und Deregulierungspolitik gegenüber den südlichen Eurozonen-Ländern nun erklären? Handelt es sich wirklich um eine reine Interessenpolitik einer kleinen Gruppe von Bankern, die die Politik gekauft haben? Hat eine Finanzoligarchie den Staat "gekapert" und diktiert nun alle Maßnahmen, wie der MIT-Professor Simon Johnson meint?⁷⁰ Ist der zerstörerische Charakter der Maßnahmen einfach das Resultat des Denkens einer "kalten Elite", die Wilhelm Heitmeyer in einem Interview so beschreibt: "Es gibt eine elitäre Pa-

⁶⁷ Hamann & Schieritz (2012).

⁶⁸ Assheuer (2013).

⁶⁹ Jürgen Habermas, zit. ebd.

⁷⁰ zit. bei Koch (2009).

rallelgesellschaft, in der ein eisiger Jargon der Verachtung herrscht und kaum Interesse an gesellschaftlichen Integrationsproblemen"?⁷¹ Diese Diagnosen müssen nicht falsch sein, aber sie können nicht die hohe Zustimmungsrates erklären, die Angela Merkel für ihre Europapolitik erhält – und die sich im hohen CDU-Wählerstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2013 manifestiert hat. Laut einer Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen stand die Bundeskanzlerin vor der Wahl "in den Sympathiewerten ganz oben, aber in den Sachfragen ist die CDU/CSU ganz unten".⁷² Ein typischer Kommentar war: Die Republik ist "eingelullt". "Die Grenzen zwischen Schein und Wirklichkeit sind längst gefallen."⁷³ Mit anderen Worten: Die Merkel-Politik wird aus dem Bauch heraus für gut befunden; der Verstand ist dabei anscheinend weniger beteiligt. Interessanterweise verfügt Merkel auch in anderen europäischen Ländern über diese hohe, gefühlte Autorität: Laut einer US-Umfrage hat sie in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Polen und Tschechien ein höheres Ansehen als die jeweils eigenen Staats- oder Regierungschefs – nur in Griechenland ist sie unbeliebt.⁷⁴ Daher ist es nicht übertrieben, Angela Merkel als derzeitige "fantasy leader"-Figur oder "Regentin" Europas anzusehen (Abb. 4). Ihre Karikatur als dicke "Geld-Henne" in einer britischen Zeitung bringt dabei zugleich auch die deutsche Wirtschaftsdominanz auf den Punkt (Abb. 5).



Abb. 4: Merkel als Europas Leviathan (*Die Zeit*, 27. 10. 2011, S. 3).



Abb. 5: *The Guardian*, 22. 7. 2011, S. 25.

Merkels Europapolitik wird in Deutschland von einer ganz großen Koalition mitgetragen. Nicht nur Union und FDP, auch die SPD und die Grünen haben den

⁷¹ im Interview mit Henning Sussebach, "Klassenkampf von oben", *Die Zeit*, 22. 12. 2011, S. 15.

⁷² Müller (2013).

⁷³ ebd.

⁷⁴ Ross (2012).

meisten Eurokrisen-Entscheidungen der Merkel-Regierung zugestimmt. Analytisch gesehen liegt also eine Kollusion (unbewusste Identifikation) mit dem Täter vor. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, räumte nach der Wahl ein: "Wir haben (...) selbst dazu beigetragen, dass die Kanzlerin eine große Zustimmung in der Bevölkerung genoss, weil ihr Krisenmanagement scheinbar von einer sehr breiten Koalition getragen wurde." Das Thema "Europa" sei aus dem Bundestagswahlkampf herausgehalten worden.⁷⁵



Abb. 6: *Focus*-Titelblatt vom 22. 2. 2010.



Abb. 7: Roger Schmidt, 23. 3. 2010 (aus dem Internet).

Welches ist nun das Bild von den südlichen Euro-Ländern in den Köpfen, das dazu führt, dass die Merkel-Politik mit ihren brutalen Folgen eine solche unhinterfragte Zustimmung genießt? In Deutschland – und auch in anderen Euro-Ländern des Nordens oder des Ostens – wird, wenn man mit den Menschen spricht, oft der Lebenswandel und die angeblich "lockere" Einstellung der "Südländer" für die Schuldenkrise verantwortlich gemacht.⁷⁶ Die Griechen werden als gewiefte Betrüger (Abb. 6) oder als Faulenzer (Abb. 7) dargestellt. Gustav Seibt unterstellte in der *Süddeutschen Zeitung* den Südländern "moral hazard" und "Verantwortungslosigkeit" und sieht dort "skrupellose" und "doppelzüngige" Politiker am Wirken.⁷⁷ Der Schriftsteller Ernst-Wilhelm Händler empfindet "Empörung" und schreibt: "Die Griechen sind schon Schluris".⁷⁸ Es wird "verächtlich und wütend" über die Griechen gesprochen und geschrieben, "als handele es sich um eine Pla-

⁷⁵ Abmayr (2013).

⁷⁶ vgl. Ladurner (2012).

⁷⁷ Seibt (2012).

⁷⁸ in: von Uslar (2012).

ge und nicht um ein Volk".⁷⁹ Zusammenfassend werden die südlichen Euro-Staaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien nach ihren Anfangsbuchstaben abschätzig auch "PIGS" (Schweine) genannt.⁸⁰

Die negativen Konnotationen, die den "peripheren" Südländern angehängt werden, gehen noch tiefer. Wenn man Bildbotschaften in den Medien betrachtet, wird deutlich, dass es nicht nur um mangelnde Sparsamkeit oder politische Unzuverlässigkeit geht. Es wird ein *triebhafter Charakter* in die Südeuropäer hineinprojiziert. Sie seien "arm, aber sexy" (Abb. 8). Gleichzeitig werden sie als unreif, ja, als kindisch imaginiert. Beide (eigentlich unvereinbaren) Eigenschaften, die sexuelle Potenz und die Kindlichkeit, sind prototypisch in der Berlusconi-Karikatur in Abb. 9 zusammengefasst.



Abb. 8: *Nürnberger Nachrichten*,
8. 2. 2013.



Abb. 9: *Neues Deutschland*,
8. 11. 2011, S. 4.

Die sexuelle Aura wird in noch stärkerer Weise den *Spaniern* zugeschrieben. Illustrationen zu einem Artikel über die spanische Finanzkrise in der *Zeit* zeigen sowohl einen niedergestreckten Torero als auch einen getroffenen Stier (Abb. 10). In beiden Fällen wird das Symbol männlicher Erotik und Aggressivität also von der EU ausgeschaltet. Offenbar ist genau das das Ziel der Krisenpolitik auf tieferer, emotionaler Ebene: Die Bekämpfung gefährlicher Triebhaftigkeit. Spiegelbildlich verdeutlicht das Bild einer versinkenden Carmen auch die Ausschaltung weiblicher Erotik (Abb. 11). Das Ziel ist eine klare Unterordnung: Oben befindet sich der EZB-Präsident als wegweisende Autorität, unten der triebgesteuerte Berlusconi als Personifizierung des impulsiven, triebhaften Südens (Abb. 12).

Die aus den Bildbotschaften deutlich werdende Bekämpfung einer imaginierten zügellosen Sexualität in den Südländern hatte eine Parallele in den Befunden von Lloyd deMause über die unterschwellig Motive der "Reaganomics"

⁷⁹ Bota (2012).

⁸⁰ so z.B. Gérard Lafay in *Le Figaro*, zit. bei von Randow (2012).

genannten, staatlichen Kürzungsmaßnahmen in den USA der 1980er Jahre. DeMause schrieb auf der Grundlage seiner Auswertung von Bild- und Textbotschaften, der "puritanische Gegenangriff" der Reagan-Mannschaft gegen die in den 1970er Jahren durchgesetzten sexuellen Freiheiten gehe "Hand in Hand mit dem ökonomischen Opfer-Programm des 'Füttert die Reichen' und 'Bestraft die Armen'."⁸¹ Das Hauptproblem Reagans – als Delegierter einer von Angst vor zuviel Freiheit getriebenen Psychoklasse – sei es gewesen, "Wege zu finden, die wachsende Prosperität für einige Jahre zu stoppen, und währenddessen Symbole unserer gierigen Wünsche zu opfern, um uns von unserer Schuld zu reinigen..."⁸²



Abb. 10: *Die Zeit*, 4. 4. 2012, S. 36-37.



Abb. 11: Carmen versinkt.
Janson, 7. 6. 2012 (Internet).



Abb. 12: Titelseite der *taz*,
9. 8. 2011.

Auch Europa hatte in den Wachstumsphasen der 1990er und 2000er Jahre einen Zuwachs an Wohlstand, Liberalität und sexueller Freizügigkeit erlebt. Es ist also plausibel, dass das *Alter Ego* – der mit den Eltern-Autoritäten identifizierte Persönlichkeitsanteil – in dieser Situation mit Wachstumsangst reagiert und irratio-

⁸¹ deMause (1987), S. 94.

⁸² ebd., S. 101.

nale Entscheidungen herbeiführt. DeMause beschreibt dies so (wieder mit Sicht auf die USA in der Anfangsphase der neoliberalen Politik):

"Es war, als ob mitten in der Prosperität (...) eine auf Rache sinnende Elternfigur in unserem Kollektivkopf erwacht sei, die uns unsere womöglich glücklichen Familien und das berufliche Wohlergehen missgönnte. Dies geisterhafte Gewissen suchte uns (...) daran zu erinnern, dass wir nicht mehr Glück zu genießen hätten als unsere Eltern während unserer Kindheit genossen haben."⁸³

Die negative emotionale Besetzung der Südeuropäer spiegelt sich insbesondere in Deutschland auch im verbreiteten *Rassismus* wider. Ein Beispiel für dessen unterschwellige, aber sehr nachhaltige Wirksamkeit ist die Serie von Pannen, Fehlleistungen, anhaltendem Wegsehen, Aktenvernichtungen und Ignoranz, von der Ebene der Ermittler vor Ort bis in die höchste Politik, die die Mordserie der nationalsozialistischen Terrorgruppe "NSU" an Migranten in Deutschland möglich gemacht hat. Jahrelang wurde von Polizei und Ermittlungsbehörden nach den Taten im Umfeld der *Opfer* ermittelt, z.T. wurden Familienangehörige als Täter verdächtigt und damit erneut zu Opfern gemacht. Ein Geschäftspartner des 2005 vom "Nationalsozialistischen Untergrund" in München ermordeten *griechischen* Handwerkers wurde monatelang von der Polizei schikaniert. Die Polizisten fantasierten, das Mordopfer sei möglicherweise "sexsüchtig" oder "spielsüchtig" gewesen.⁸⁴ Dieses Bild entspricht genau dem Image der "Südländer" bei vielen Deutschen. Man projiziert die eigenen, nicht ausgelebten Selbst-Anteile, die eigene Vitalität, auf die Fremden, um sie dort zu bekämpfen, bis hin zur heimlichen Billigung von Ermordungen.

Dieser *Bestrafungswunsch* wird nun auch in der Europapolitik ausgelebt. Der elterlich-autoritäre, das Kindliche bekämpfende und strafende Charakter der Fiskalpolitik gegenüber den Südländern spricht aus den Wort- und Bildbotschaften. Da ist von "Noten" die Rede, welche die "Troika" für die Reformfortschritte der griechischen Regierung vergibt.⁸⁵ Immer wieder wird "Disziplin" gefordert.⁸⁶ Bezeichnend ist z.B. auch die drastische Methode der Steuereintreibung in Griechenland: Wer die Sondersteuer auf Immobilien nicht bezahlt, dem wird der Strom abgeschaltet.⁸⁷ Es wird eine *Gier* der Südeuropäer imaginiert, die unbe-

⁸³ ebd., S. 35.

⁸⁴ Ramelsberger (2013).

⁸⁵ Europa diskutiert über weitere Hilfen – Griechenland hadert mit den Reformen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. 8. 2013, S. 17-19 (dort S. 17).

⁸⁶ z.B. *Der Tagesspiegel*, 23. 6. 2011, S. 2.

⁸⁷ Europa diskutiert..., a.a.O.

dingt zu bekämpfen ist. Josef Joffe gebraucht ein sehr körpernahes, angstausslösendes Bild, um dieser Gier Schranken zu setzen: "Den Krisenländern noch mehr Milliarden zu schenken ist wie eine Infusion, die nicht die Ursachen der Blutung angeht."⁸⁸ Die eingebildete kindliche Gier weckt Ängste, dass uns das Blut (unsere Lebenskraft) abgezapft wird (Abb. 13). In einem anderen Bild wird direkt die Konsumgier der angeprangert – und ihre Bestrafung durch Verschlingung fantasiert (Abb. 14). – Auf der sachlichen Ebene hat ein "Verschenken" von "Milliarden" gar nicht stattgefunden: Alle glauben zwar, dass enorme Geldmengen aus Deutschland an die Griechen geflossen sind, aber in Wirklichkeit hat der deutsche Staat bisher keinen einzigen Euro wegen Griechenland verloren.⁸⁹ Im Gegenteil: Die im März 2012 im Hinblick auf Griechenland beschlossenen Maßnahmen haben den deutschen Steuerzahlern ca. 65 Milliarden Euro erspart.⁹⁰

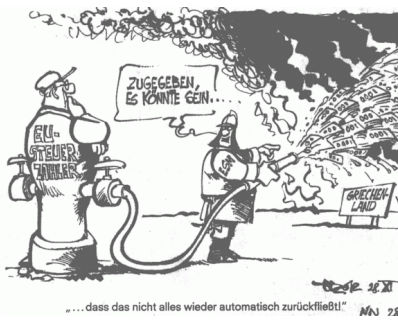


Abb. 13: *Nürnberger Nachrichten*,
28. 11. 2012.

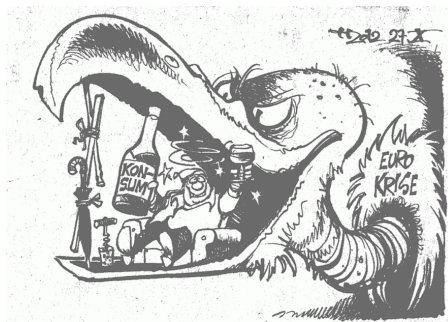


Abb. 14: *Nürnberger Nachrichten*,
27. 10. 2012.

Die Bestrafungsimpulse gegen unsere eigene, auf die Südeuropäer projizierte Gier toben sich in den Bildbotschaften der Medien aus: Mit den Griechen ist "hammerhart" umzugehen (Abb. 15), die Iren werden mit Schwertern durchbohrt (Abb. 16). Die "Troika" darf als Henker der Griechen auftreten (Abb. 17); diese dürfen sich ihr eigenes Grab schaufeln (Abb. 18). Diese Todesmotive zeigen, dass die destruktiven Folgen der Sparpolitik sehr wohl in der Öffentlichkeit präsent sind! Letztlich steckt der Wunsch nach einem *Kinder-Opfer* dahinter (Abb. 19) – und als Gegenstück dazu wird Angela Merkel als Domina (Abb. 20) oder als autoritäre Über-Mutter imaginiert. DeMause schreibt:

⁸⁸ *Die Zeit*, 28. 6. 2012, S. 12.

⁸⁹ Alfred Grosser, zit. bei Stackl (2013).

⁹⁰ Buchter (2012).

"Wo die oberste Richterin in unserer Strafaktion häufig symbolisch als gestrenge Mutter gesehen wurde, da erschienen die Bestrafften symbolisch als Kinder, in Übereinstimmung mit dem grundlegenden Familiendrama in unserem Unbewussten."⁹¹



Abb. 15: *Frankfurter Rundschau*, 7. 2. 2012, S. 11.

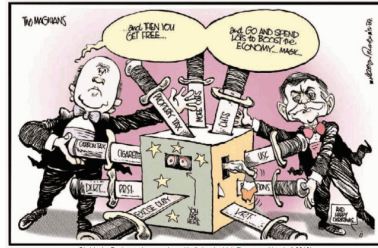


Abb. 16: *Irish Times*, 2012 (aus dem Internet)

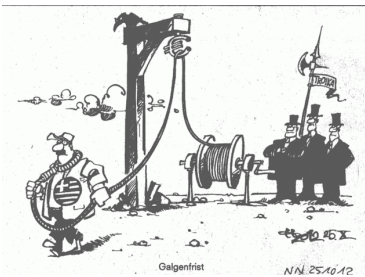


Abb. 17: *Nürnberger Nachrichten*, 25. 10. 2012.



Abb. 18: *Klar*, 5. 4. 2012, S. 2.



Abb. 19: *Stuttman*, 2012 (aus dem Internet).

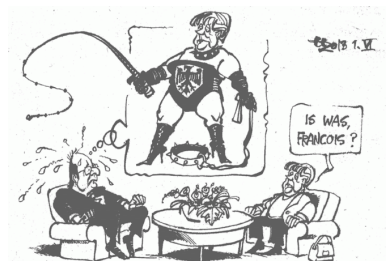


Abb. 20: *Nürnberger Nachrichten*, 1. 6. 2013.

⁹¹ deMause (1987), S. 116.

Wenn der Zuwachs an Wohlstand und Freiheiten für das *Alter Ego* zu groß werden, wächst bei einem großen Teil der Bevölkerung der Wunsch nach einer Opferhandlung. Häufig folgt dann die Projektion der eigenen, verleugneten, lebendigen Selbstanteile auf externe Sündenböcke – und die Opferung dieser Feinde (sowie der eigenen, jungen Soldaten) durch *Krieg*. Der Vietnamkrieg hatte diese Funktion für die Amerikaner nach dem Zuwachs an Freiheiten in den 1960er Jahren, der Golfkrieg nach dem Fall der Mauer, der Irak-Krieg nach dem Wohlstandszuwachs der Clinton-Jahre, und der Jugoslawien-Krieg für die Deutschen nach dem Aufschwung der 1990er Jahre und nach dem Wahlsieg von Rot-Grün.⁹² Jedoch: "Gibt es keinen Krieg als äußeres Opfer, muss es eine (...) Rezession als inneres Opfer geben."⁹³ Einer Rezession fallen vorwiegend die sozial Schwächeren in der Gesellschaft zum Opfer. Sie "fallen einfach heraus" (Abb. 21).

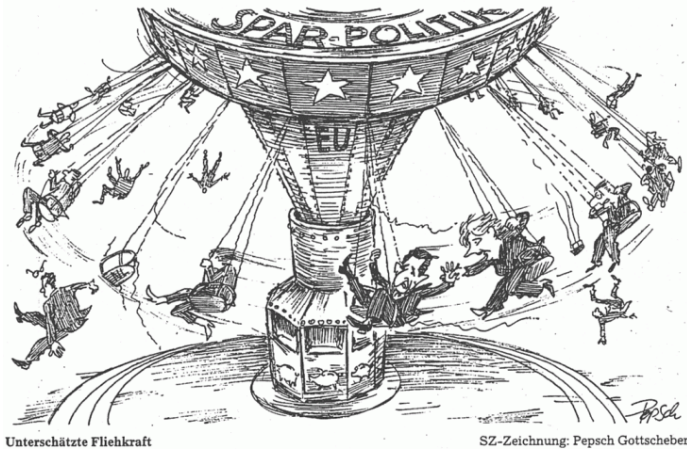


Abb. 21: *Süddeutsche Zeitung*, 25. 4. 2012, S. 4.

Alternativ zur wirtschaftlichen Rezession kann es auch zu Maßnahmen kommen, die die Schwächeren direkt degradieren und schädigen. So war die Einführung der Hartz-IV-Gesetze durch die Schröder-Regierung eine aggressive Ersatzhandlung für den gleichzeitigen Irak-Krieg, an dem Deutschland nicht teilgenommen hatte.⁹⁴ Die strafende Merckelsche Fiskalpolitik gegen die Südländer ist ein bemerkenswerter Zwitter zwischen "innerem" und "äußerem" Opfer: Zwar geschieht die Bestrafung und Opferung von Unschuldigen nicht durch Krieg, aber die Opfer

⁹² vgl. Kurth (2000b).

⁹³ deMause (1987), S. 243.

⁹⁴ Kurth (2005).

sind auch nicht (primär) die Bürger des eigenen Landes. Ein drastisches Kürzen im eigenen Land scheint gegenwärtig politisch nicht durchsetzbar zu sein. In der Tat sind alle Maßnahmen des (innerdeutschen) "Sparpakets" der schwarz-gelben Bundesregierung von 2010, welches über einen Zeitraum von vier Jahren Haushaltseinsparungen von 80 Milliarden Euro vorsah, "versandet" (mit Ausnahme einiger kleinerer Kürzungen im Sozialbereich).⁹⁵ "Angela Merkel lässt lieber das Ausland sparen."⁹⁶ Weitere Beispiele für strukturelle Gewalt, die wir mit unserem Konsumverhalten fördern, sind u.a. die Arbeitsbedingungen in Ländern der "Dritten Welt", z.B. der Textilarbeiterinnen in Bangladesh, wie sie sich in der Brandkatastrophe von 2012 mit über 110 Toten zeigten⁹⁷, oder die fortwährenden Menschenopfer auf dem Mittelmeer durch die restriktive EU-Flüchtlingspolitik. All diese Opfer erschrecken uns zwar, wenn wir mit vollem Verstand und mit Mitgefühl über sie nachdenken, aber unterschwellig entlasten sie unser *Alter Ego* durch das uralte Opferprinzip, welches auch in vielen Religionen praktiziert wurde und wird.

Es bleibt nur zu hoffen, dass durch allmählichen Zuwachs der Empathie im Umgang mit Kindern die destruktiven Persönlichkeitsanteile im Laufe der Zeit schwächer werden, und dass durch Bewusstwerdung der psychohistorischen Zusammenhänge eine Überwindung des Selbsthasses und seiner Ausagerung gegen Mitmenschen möglich wird.

Literaturangaben

- Abmayr, Hermann G. (2013): Eine Partei steht kopf [Interview mit Gerhard Schick]. *Kontext: Wochenzeitung*, Beilage der *taz*, 12. 10. 2013, S. 4.
- Assheuer, Thomas (2013): Hauptsache, der Kunde greift zu. *Die Zeit*, 22. 8. 2013, S. 42.
- Atlas, Jerrold (1992): Was in Deutschland passieren wird... Das kollektive Unbewusste der Deutschen (Econ, Düsseldorf etc. 1992).
- Beckert, Jens / Streeck, Wolfgang (2011): Die nächste Stufe der Krise. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. 8. 2011, S. 29.
- Bonse, Eric (2012): Die Euro-Retter streiten und drohen. *taz*, 10. 10. 2012, S. 3.
- Bonse, Eric (2013): Selbstmorde und mehr Aids. *taz*, 28. 3. 2013, S. 4.
- Bonse, Eric (2013b): Kröten für Berlin. *taz*, 4. 10. 2013, S. 9.
- Bota, Alice (2012): Das Unwahrscheinliche ist möglich. *Die Zeit*, 6. 6. 2012, S. 10.

⁹⁵ Steinbrück (2012).

⁹⁶ Niejahr (2012).

⁹⁷ Meyer (2012).

- Brisch, Karl Heinz (2001): Bindungsstörungen. Von der Bindungstheorie zur Therapie (4. Aufl., Klett-Cotta, Stuttgart 2001).
- Buchter, Heike (2012): Vorsicht – Buchheit kommt! *Die Zeit*, 5. 7. 2012, S. 20.
- DeMause, Lloyd (1987): Reagan's Amerika. Eine psychohistorische Studie (Stroemfeld / Roter Stern, Basel / Frankfurt a.M., 2. Aufl. 1987; Original: Reagan's America, New York / London 1984).
- DeMause, Lloyd (2000): Was ist Psychohistorie? Eine Grundlegung (Psychosozial, Gießen 2000).
- DeMause, Lloyd (2005): Das emotionale Leben der Nationen. (Drava, Klagenfurt 2005).
- Freiberger, Harald / Hulverscheidt, Claus (2013): Deutsche so reich wie nie. *Süddeutsche Zeitung*, 25. 9. 2013, S. 17.
- Galler, Florian (2013): Die psychogene Geschichtstheorie nach Lloyd deMause und die gegenwärtige politische Spaltung in den USA. In: Langendorf, Uwe / Kurth, Winfried / Reiß, Heinrich / Egloff, Götz (Hg.): Gespaltene Gesellschaft und die Zukunft von Kindheit. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 14 (2013) (Mattes Verlag, Heidelberg 2013), S. 101-117.
- Geissler, Cornelia (2013): Willkommen in der Zukunft. *Frankfurter Rundschau*, 1. 11. 2013, S. 33.
- Händler, Ernst Wilhelm (2012): Lügen gegen das Kapital. *Die Zeit*, 12. 4. 2012, S. 54.
- Hamann, Götz / Schieritz, Mark (2012): Die Tabu-Lösung. *Die Zeit*, 12. 7. 2012, S. 21.
- Heinrich, Simon (2012): Das Elend von Athen. *Frankfurter Rundschau*, 14. 11. 2012, S. 20-21.
- Henning, Ulrike (2013): Bankenrettung auf Kosten der Kranken. *Neues Deutschland*, 23. 9. 2013, S. 9.
- Herrmann, Ulrike (2013): Sinnlos wanderndes Geld. *taz*, 25. 10. 2013, S. 12.
- Höhler, Gerd (2012): Pillen nur gegen Bargeld. *Der Tagesspiegel*, 12. 6. 2012, S. 5.
- Höhler, Gerd (2013): Griechenlands Lehrer verlängern die Ferien. *Der Tagesspiegel*, 3. 9. 2013, S. 13.
- Höhler, Gerd (2013b): Angst vor Zwangsversteigerung. *Der Tagesspiegel*, 12. 8. 2013, S. 13.
- Höhler, Gerd (2013c): Athen soll noch mehr sparen. *Der Tagesspiegel*, 16. 10. 2013, S. 17.
- Hulverscheidt, Claus / Gammelin, Cerstin (2011): Griechenland schockiert Europa. *Süddeutsche Zeitung*, 2. 11. 2011, S. 1.
- Koch, Moritz (2009): Der stille Coup. *Süddeutsche Zeitung*, 22. 4. 2009, S. 26.
- Koch, Moritz (2011): Ein unliebsamer Bote. *Süddeutsche Zeitung*, 7. 12. 2011.
- Korngiebel, Wilfried / Link, Jürgen (1992): Von einstürzenden Mauern, europäischen Zügen und deutschen Autos. In: Bohn, R. / Hickethier, K. / Müller, E. (Hg.): Mauer-Show. (Edition Sigma, Berlin 1992), S. 31-53.
- Krieg, Peter (1990): Die Seele des Geldes. Mythen der Moderne II. Begleitbuch zum Film (Zweitau-sendeins, Frankfurt / M. 1990).
- Kurth, Winfried (2000): Das Projekt "Analyse von Gruppenphantasien in Deutschland" – die Jahre 1998 und 1999. In: Janus, L. / Kurth, W. (Hg.): Psychohistorie, Gruppenphantasien und Krieg. (Mattes, Heidelberg 2000), S. 197-243.

- Kurth, Winfried (2000b): Psychische Hintergründe der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg. In: Janus, L. / Kurth, W. (Hg.): Psychohistorie, Gruppenphantasien und Krieg. (Mattes, Heidelberg 2000), S. 45-75.
- Kurth, Winfried (2001): Stimmungen und Gruppenfantasien im Deutschland der "Jahrtausendwende". In: Kurth, W. / Rheinheimer, M. (Hg.): Gruppenfantasien und Gewalt. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 1 (2000) (Mattes, Heidelberg 2001), S. 141-183.
- Kurth, Winfried (2002): Entwicklung von Gruppenfantasien in Deutschland 2000-2001. In: Kurth, W. / Janus, L. (Hg.): Psychohistorie und Persönlichkeitsstruktur. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 2 (2001) (Mattes, Heidelberg 2002), S. 355-387.
- Kurth, Winfried (2004): Stimmungen und Gruppenfantasien in 2002 und 2003 – die ambivalente Haltung der Deutschen zum Irak-Krieg. In: Janus, L. / Kurth, W. (Hg.): Psychohistorie und Politik. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 4 (2003) (Mattes, Heidelberg 2004), S. 131-173.
- Kurth, Winfried (2005): Terrorismus, Krieg und soziale Degradierung als Ausagierung destruktiver Wünsche, die von vielen Menschen des Westens geteilt werden. In: Janus, L. / Galler, F. / Kurth, W. (Hg.): Symbolik, gesellschaftliche Irrationalität und Psychohistorie. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 5 (2004) (Mattes, Heidelberg 2005), S. 65-96.
- Kurth, Winfried (2008): Analyse der Stimmungen und Gruppenfantasien der Jahre 2005-2007 in Deutschland. In: Kurth, W. / Reiß, H. J. / Galler, F. (Hg.): Kindheit, gesellschaftliche Entwicklung und kollektive Fantasien. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 8 (2007) (Mattes, Heidelberg 2008), S. 203-245.
- Kurth, Winfried (2010): Kollektive Stimmungen in Deutschland 2008-2010. In: Nielsen, B. / Kurth, W. / Reiß, H. J. / Egloff, G. (Hg.): Psychohistorie der Krise. *Jahrbuch für psychohistorische Forschung* 11 (2010) (Mattes, Heidelberg 2010), S. 287-318.
- Ladurner, Ulrich (2012): Spanien macht Inventur. *Die Zeit*, 28. 6. 2012, S. 7.
- Martens, Michael (2013): Kein Wunder. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 8. 2013, S. 10.
- Maunder, Robert (2013): Bindungssicherheit, autonome Regulation und kardiovaskuläre Gesundheit. Vortrag auf der Konferenz "Bindung und Psychosomatik", LMU München, 12.-13. 10. 2013 (Abstracts).
- Meyer, Jörg (2012): 100 Tote für 190 Euro. *Neues Deutschland*, 27. 11. 2012, S. 1.
- Müller, Michael (2013): Machbare Utopien. *Frankfurter Rundschau*, 14. 10. 2013, S. 10.
- Niejahr, Elisabeth (2012): Teure Wohltaten. *Die Zeit*, 31. 5. 2012, S. 31.
- Papadimitriou, Jannis (2012): Athen im Ausnahmezustand. *taz*, 10. 10. 2012, S. 3.
- Poelchau, Simon (2013): Krise steckt in der Lebensqualität. *Neues Deutschland*, 6. 11. 2013, S. 17.
- Ramelsberger, Annette (2013): "Die wollten uns in den Dreck ziehen". *Süddeutsche Zeitung*, 25. 9. 2013, S. 7.
- Rinke, Andreas / Wissenbach, Iona (2011): Ein neues Europa entsteht. *Göttinger Tageblatt*, 10. 12. 2011, S. 1.
- Ross, Jan (2012): Alle wollen nur das eine. *Die Zeit*, 14. 6. 2012, S. 3.
- Schieritz, Mark (2011): Bei aller Wut. *Die Zeit*, 13. 10. 2011, S. 1.

- Schieritz, Mark (2011b): Bigotterie. *Die Zeit*, 8. 12. 2011, S. 9.
- Schieritz, Mark (2012): Merckels Gegner und wie sie die Welt sehen. *Die Zeit*, 2. 2. 2012, S. 21.
- Schlötzer, Christiane (2012): Rundumschlag. *Süddeutsche Zeitung*, 31. 8. 2012, S. 8.
- Schlötzer, Christiane (2012b): Auf Kosten von Kindern, Alten und Schuldern. *Süddeutsche Zeitung*, 7. 11. 2012, S. 8.
- Schmale, Holger (2012): Demokratie gegen das Volk. *Frankfurter Rundschau*, 11. 5. 2012, S. 13.
- Schubert, Christian (2013): Psychoneuroimmunologie über die Lebensspanne: Frühkindliche Traumatisierung und Entzündungserkrankungen im Erwachsenenalter. Vortrag auf der Konferenz "Bindung und Psychosomatik", LMU München, 12.-13. 10. 2013 (Abstracts).
- Seibt, Gustav (2012): Staat als Beute. *Süddeutsche Zeitung*, 27. 6. 2012, S. 13.
- Stackl, Erhard (2013): Europe's reluctant leader in Berlin. *New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, 13. 9. 2013, S. 2.
- Steinbrück, Peer (2012): Dr. Jekyll und Mr. Hyde. *Die Zeit*, 14. 6. 2012, S. 35.
- Steinfeld, Thomas (2013): Schuld und Schulden. *Süddeutsche Zeitung*, 24. 8. 2013, S. 24.
- Streck, Ralf (2012): Neuer Akt im tödlichen Drama. *Neues Deutschland*, 12. 11. 2012, S. 8.
- Streck, Wolfgang (2012): Das Ende der Nachkriegsdemokratie. *Süddeutsche Zeitung*, 27. 7. 2012, S. 23.
- Schulmeister, Stephan (2012): Der größte Fehler seit der Nachkriegszeit. *Frankfurter Rundschau*, 29. 5. 2012, S. 10.
- Schulmeister, Stephan (2013): Navigation mit falscher Karte. *Süddeutsche Zeitung*, 29. 7. 2013, S. 18.
- Schwarzkopf, Andreas (2012): Krise erhöht Kriegsgefahr. *Berliner Zeitung*, 23. 5. 2012, S. 6.
- Spangler, Gottfried / Zimmermann, Peter (Hg., 1997): Die Bindungstheorie. Grundlagen, Forschung und Anwendung (2. Aufl., Klett-Cotta, Stuttgart 1997).
- Uvnäs Moberg, Kerstin (2013): Die gesundheitlichen Folgen einer geringen Funktion in der Regulation des Oxytocin-Hormons. Vortrag auf der Konferenz "Bindung und Psychosomatik", LMU München, 12.-13. 10. 2013 (Abstracts).
- Verhofstadt, Guy (2013): Große Koalition auf Kosten Europas. *Frankfurter Rundschau*, 18. 11. 2013, S. 10.
- vom Lehn, Birgitta (2011): Krise bringt mehr Schläge. *Frankfurter Rundschau*, 7. 10. 2011, S. 27.
- vom Lehn, Birgitta (2011b): Erst Krippe, dann ADHS? *Frankfurter Rundschau*, 20. 5. 2011, S. 23.
- von Lutterotti, Nicola (2011): Vernachlässigung geht an die Erbsubstanz. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. 5. 2011, S. N1.
- von Randow, Gero (2012): Der Ausbrecher. *Die Zeit*, 5. 7. 2012, S. 2.
- von Uslar, Moritz (2012): Athen, du Ärmste, Teil 3. *Die Zeit*, 12. 7. 2012, S. 43.
- von Wurmb-Seibel, Ronja (2012): Notruf Athen. *Die Zeit*, 21. 6. 2012, S. 9.
- Wandler, Reiner (2013): In den Kliniken fehlt der Impfstoff. *taz*, 28. 3. 2013, S. 4.
- "Werft die Angst über Bord!" (2012): *Die Zeit*, 28. 6. 2012, S. 4.